

## **VD1-Beschluss NSU – kein Schlusstrich ohne vollständige Aufklärung!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 15.07.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

626 Der NSU hat als neonazistische terroristische Vereinigung zwischen 2000 und  
627 2007 mehrere Morde quer durch Deutschland an mindestens 9 Mitbürger\*innen mit  
628 Migrationshintergrund und einer Polizistin verübt. Zahllose weitere Verbrechen  
629 wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle gehen auf Konto des Terrors, mit dem  
630 der NSU die Bundesrepublik überzogen hat.

631 Die bislang bekannten Mitglieder des NSU, Uwe Bönhard, Uwe Mundlos und Beate  
632 Zschäpe, konnten ungestört zwischen 1999 und 2011 ihre Strukturen ausbauen. Sie  
633 unterhielten dabei ein Netzwerk mit Funktionären rechtsextremer Organisationen  
634 wie auch V- Männern und Frauen.

635 Nach dem NSU-Prozess und mehreren Untersuchungsausschüssen in Bundesländern und  
636 auch auf Bundesebene bleiben Zweifel daran, dass der NSU nur als Trio handelte.  
637 Es gibt viele Hinweise darauf, dass es sich beim NSU nicht um ein Trio handelt,  
638 sondern ein deutlich größeres bundesweites Netzwerk an Mittäter\*innen,  
639 Unterstützer\*innen und Mitwisser\*innen besteht. So wurde der Mord an Mehmet  
640 Kubaşık in Dortmund nicht unweit der Wohnung des national vernetzten Neonazis  
641 Siegfried Borchardt begangen.

642 Schon bei der Aufklärung der Morde hat der Staat dramatisch versagt. Statt den  
643 Indizien nach zu gehen, die auf eine rechte Tat schließen ließen, wurden  
644 rechtsextreme Hintergünde weitestgehend ausgeschlossen und Täter\*innen im Umfeld  
645 der Opfer gesucht. Und das, obwohl die rechtsextreme Szene seit Jahren  
646 beobachtet wurde - und schlimmer noch: möglicherweise auch deswegen, weil die  
647 Neonazi-Szene durch V-Menschen indirekt gefördert worden ist. Einige Beamt\*innen  
648 vernichteten nach Bekanntwerden des NSU sogar relevante Akten – so wurde das  
649 Versagen von Staat und Verfassungsschutz zu vertuscht und eigene Anteile am  
650 Staatsversagen verschleiert.

651 Der am 6 Mai 2013 eröffnete NSU Prozess endete am 11 Juli 2018 mit  
652 Schuldsprüchen, die von den Hinterbliebenen der Opfer kritisiert wurden.  
653 Insbesondere wird von den Opferfamilien kritisiert, dass noch immer viele Fragen  
654 ungeklärt sind - so zum Beispiel die Frage, ob es noch unerkannte Mittäter\*innen  
655

656 gibt, ob rechtsextreme Netzwerke vollständig aufgespürt und aufgelöst sind und  
657 gegebenenfalls weitere Mitverantwortliche noch zur Verantwortung gezogen werden  
müssen.

658 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

659 - Kein Schlusstrich! Auch nach Ende des Prozesses muss die Suche nach weiteren  
660 möglichen Mittäter\*innen weitergehen!

661 - Das Versagen des Staates muss aufgearbeitet werden, die Rolle des  
662 Verfassungsschutzes weiter untersucht werden!

663 - Die Aufmerksamkeit des Staatsschutzes muss mit aller Konsequenz auf die  
664 Analyse und Verfolgung rechtsradikale Strukturen gelenkt werden!

665 -Es gibt Indizien für ein Unterstützer\*innennetzwerk des NSU im  
666 verfassungsschutz. Dieser Vorwurf muss lückenlos aufgearbeitet werden! Die NSU-  
667 Untersuchungsausschüsse im Bundestag und den Landtagen müssen weiter tagen. Der  
668 Verfassungsschutz muss langfristig durch einen neuen, rechtstaatlichen,  
669 demokratischen Geheimdienst ersetzt werden!

## **Begründung**

Das Urteil wurde erst nach der Antragsfrist gefällt.